

Kamener Zeitung

Volkstreu und für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Wegspreiz für den 10. April 1924. Falls in der Ausgabe oder Aufstellung der Zeitung ein Fehler vorliegt, hat der Verlag keinen Anspruch auf Entschädigung oder Ersatz. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schödel, Kamen.

Nr. 83 (1. Blatt)

Donnerstag, den 10. April 1924

52. Jahrgang.

Der Sachverständigenbericht

Keine Lösung, nur ein Fundament des Reparationsproblems.

(W) Der Bericht der Sachverständigen ist Mittwochs vormittags um 10 Uhr der Reparationskommission unterbreitet worden. Er besteht aus einem Begleitschreiben des Generals Dawes, aus einem Inhaltsverzeichnis, dem eigentlichen Bericht, sowie neun Anhängen. Der eigentliche Bericht ist in zwei Teile gegliedert und umfasst 57 Seiten. Die wichtigsten Kapitel des Gutachtens sind diejenigen über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des deutschen Gebietes, über die Schaffung einer neuen Emissionsbank, die auf der bestehenden Reichsbank aufgebaut oder neu geschaffen werden könne. Von besonderer Bedeutung sind die Kapitel über die Schaffung einer privaten Eisenbahngesellschaft und die Feststellung über die Höhe der jährlichen Belastung Deutschlands auf Grund der Reparationsverpflichtungen. Die Sachverständigen, die für den Fall ungezügelter Verzögerung in der Ausführung des Planes jede Verantwortung für den Erfolg ablehnen, betonen, daß der Plan die Wiederherstellung der deutschen Finanzwirtschaft zur unbedingten Voraussetzung hat, da der Ausgleich des Budgets, die Stabilisierung der Währung und die Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredit Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Alle Sanctionen, welche die Produktion hindern, müssen deshalb zurückgezogen oder geändert werden. Wird diese Voraussetzung hinausgeschoben oder verzögert, so ändern sich auch alle Daten des Zahlungsplanes. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes soll, wie ferner betont wird, durch die vorgesehenen Lasten nicht unter das Niveau in den alliierten und in den europäischen Nachbarländern herabgesetzt werden. Der Plan soll nicht eine Lösung des gesamten Reparationsproblems, sondern nur eine Regelung für eine genügend lange Zeit bilden, in der das allgemeine Vertrauen wiederhergestellt würde. Er sei aber so gefaßt, daß darauf eine endgültige Lösung des Reparationsproblems und alle damit verbundenen Fragen aufbauen werden können.

Zur Erreichung einer dauernden Stabilität

schlägt der Bericht entweder die Schaffung einer neuen Notenbank in Deutschland oder einer Reorganisation der Reichsbank vor. In jedem Falle soll ein einheitliches Währungsgeld in Deutschland geschaffen werden. Die Notenbank soll für die Dauer von 50 Jahren das ausschließliche Notenprivileg haben, jedoch unter Beibehaltung der Privatnotenbanken und vorerst auch der Rentenbank. Alle auf Papiermark lautenden Zahlungsmittel sollen aus dem Verkehr verschwinden. Die Notenbank soll als Bank der Banken im wesentlichen nur sichere, kurzfristige Wechsel diskontieren und in übrigen Angelegenheiten annehmen. Sie soll die Kassenführung für das Reich ausüben und dem Reich auch kurzfristige Darlehen (höchstens 100 Millionen Mark für längstens 3 Monate) geben können. Das Reich soll an den Gewinnen der Bank Anteil haben, die Bank aber von jedem Regierungseinfluß frei sein. Von dem Bankkapital von 400 Millionen Goldmark fallen 300 Millionen Goldmark in Deutschland und im Auslande geteilt werden. Die Bank wird von einem deutschen Präsidenten und dem vier aus Deutschen bestehenden Direktorium verwaltet, das einen konsultativen Beirat haben kann. Neben dem deutschen Direktorium wird ein aus 7 Deutschen und 7 Ausländern bestehender General-Board eingesetzt, der mit einer Mehrheit von 10 Stimmen beschlußfähig ist und gewisse Vollmachten zur Regelung der Interessen der Gläubigerstaaten besitzt. Einer der ausländischen Mitglieder hat als Kommissar die Notenausgabe und die Notenbedeckung zu überwachen.

Aus dem Reichsbahnunternehmen

soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, die mit 11 Milliarden Goldmark erstellter Obligationen mit 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation belastet wird. Die jährliche Leistung von 600 Millionen Goldmark ist an die Reparationskasse zu bezahlen, soll aber erst vom vierten Jahre ab in voller Höhe geleistet werden, während sie im ersten Jahre nur 330, im zweiten Jahre 465 und im dritten 550 Goldmark betragen soll. Das Aktienkapital von insgesamt 15 Milliarden Goldmark soll in 2 Milliarden Goldmark Vorzugsaktien und 13 Milliarden Goldmark Stammaktien zerfallen. Die gesamten Stammaktien, sowie 500 Millionen Goldmark Vorzugsaktien gehören dem Reich, während 1,5 Milliarden Goldmark Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Reichsbahngesellschaft verwendet werden können. Das Generaldirektorium der Reichsbahngesellschaft und der Verwaltungsrat bestehen aus 14 deutschen und 4 nicht deutschen Mitgliedern. Die Reichsbahngesellschaft soll in ihrer Geschäftsführung vollständig frei sein. Die Rechte der Reichsregierung hinsichtlich der Tarife und Betriebsaufsicht werden grundsätzlich anerkannt. Zur Wahrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahnkommisssar bestellt, der, solange der Zinsendienst nicht vollständig, den Stand des Unternehmens in finanzieller Hinsicht zu beobachten hat.

Das dem Bericht beigegebene Gutachten der Sachverständigen, auf das sich der Dawes-Bericht stützt, bezeichnet wiederholt die betriebliche Vereinigung der Ruhr- und Rheinbahnen mit dem übrigen Reichsbahnnetz als eine Voraussetzung für den Erfolg.

In einem Begleitschreiben

betont der Vorsitzende Dawes, Deutschland müsse in Uebereinstimmung mit seiner Note vom 29. Mai 1919 bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen, wie auch die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlten. Mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten und weniger als diese Grenze würde Deutschland im internationalen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Wenn die normalen wirtschaftlichen Verhältnisse und die normale Produktivität Deutschlands wiederhergestellt seien, werde man sich überzeugen, daß höchst hoffnungsvolle Schätzungen der augenblicklich erreichbaren Beträge gerechtfertigt seien. Ohne eine solche Wiederherstellung aber würden die Zahlungen, wie man sie jetzt erwarten kann, von geringem Werte sein. Die Ueberwachungsbedingungen für die innere Entwicklung Deutschlands seien mit großer Sorgfalt auf ein noch erträgliches Minimum an Einschränkung gebracht. Der allgemeine Plan führe, falls er angenommen werde, schließlich zu einem dauernden Frieden. Die Zurückweisung der Vorschläge durch die deutsche Regierung würde die wohlüberlegte Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Demoralisation bedeuten, die als Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verfallen würde.

An Einzelheiten

teilt das Volksbüro aus dem Sachverständigenbericht mit: Für die Moratoriumszeit steht das Gutachten für 1924-25 eine Leistung von 1 Milliarde Goldmark, bestehend aus 800 Millionen als Ertrag einer ausländischen Anleihe zur Finanzierung der Sachleistungen und Befugniszinsen, sowie 200 Millionen aus dem Dienst der Eisenbahnböhlungen vor. Soweit Anleihen nicht zustande kommen, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden. Für das Jahr 1925/26 ist eine Leistung von 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienst der Eisenbahnböhlungen, der Industrieobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Eisenbahn vorgesehen. Für das Jahr 1926/27 ist eine ähnlich zusammengesetzte Leistung von 1200 Millionen Goldmark und für das Jahr 1927/28 eine solche von 1750 Millionen Goldmark vorgesehen. Für das Normaljahr 1928/29 ist eine Leistung von 2500 Millionen Goldmark angesetzt. Die Sachverständigen stellen fest, daß die Zahlungen nach außen nur aus dem Ueberschuß der Wirtschaftsbilanz bewirkt werden können. Sie schlagen Sicherungen gegen die Verbringung von Markbeträgen ins Ausland vor, soweit eine solche Verbringung die Stabilisierung der Währung gefährden und die künftigen Reparationsleistungen gefährden würde. Die Fortführung der Sachleistungen halten die Sachverständigen für notwendig. Sie halten es für ausgeschlossen, daß Deutschland im laufenden Jahre in irgendeiner Weise aus seinen Haushaltsmitteln Beträge an die Alliierten leisten kann. Daher betrachten sie eine internationale Anleihe für das Jahr 1924/25 als integrierenden Bestandteil ihres Vorschlages. Zum Schluß wird festgestellt, daß die von Deutschland zu fordernde Summe alle Kosten enthält, die aus dem Kriege entstanden sind, insbesondere die Reparationsbefugniszinsen, Ausgleichszahlungen für Kontrollkommissionen usw.

Ueber die deutschen Guthaben im Auslande

führt ein der Neptio übergebener Bericht des Mac Kenzie-Komitees aus: Während des Krie-

ges und nach dem Kriege wird das deutsche Guthaben im Auslande auf 6 1/2 Milliarden geschätzt, der Besitz der Ausländer in Deutschland auf 1 bis 1 1/2 Milliarden. Als einziges Mittel, die flüchtigen Kapitalien wieder zurückzuführen, wird die Beseitigung der Gründe betrachtet, die die Abwanderung verursacht haben, d. h. Schaffung einer stabilen Währung. Als Beispiel wird Österreich angeführt. Zum Schluß wird zur Erwägung gestellt, während einer Uebergangsperiode diejenigen, die unter der augenblicklichen Gesetzgebung eine Bestrafung wegen Kapitalflucht zu gewärtigen haben, Straffreiheit zuzuführen und auf die Zeichnung von Anleihen in fremden Währungen besondere Bedingungen zu bieten. Auf diese Weise würde die Rückführung des flüchtigen Kapitals, die endgültige Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts in Deutschland beschleunigt.

Eine diskussionsfähige Grundlage.

(W) In deutschen politischen Kreisen werden die Gutachten der Sachverständigen, soweit bisher bekannt wurde, als eine diskussionsfähige Grundlage betrachtet. Man ist aber der Ansicht, daß die Ziffern wohl zu hoch gegriffen sind, da sie eine steigende Prosperität Deutschlands voraussetzen. Jedenfalls wird eine eingehende Prüfung der Vorschläge erfolgen.

Bedenkliche Außenhandelsbilanz.

(W) Die deutsche Außenhandelsbilanz für den Monat Februar 1924 zeigt eine scharfe Steigerung der Einfuhr und verhältnismäßig geringe Zunahme der Ausfuhr. Die in folgendem mitgeteilten Ziffern geben infolgedessen nicht eine einwandfreie Uebersicht, als auch bei ihnen die selben Fehlerquellen bestanden haben, wie im Vormonat. Die Einfuhr belief sich auf den Betrag von 718 587 000 Goldmark, im Januar 593 162 000 Goldmark, und die Ausfuhr auf 466 339 000 Goldmark, im Januar 431 021 000 Goldmark. Es ergibt sich also eine Passivität von 252 Millionen Goldmark, die durch Gewährung ausländischer Kredite und durch Rückfluß deutscher Auslandsguthaben ausgeglichen werden muß. Auf den einzelnen Posten der Bilanz weist Gruppe Rohstoffe die verhältnismäßig größte Steigerung auf, besonders fällt die Zunahme der Einfuhr auf Textilrohstoffe, Rohabfall, die wohl mit der Konjunkturbelebung zusammenhängt. Die Warengruppe Lebensmittel und Getreide zeigt einen Rückgang, insbesondere hat sich der Import der Waren des Massenverbrauchs, wie Brotgetreide vermindert. Dagegen ist in Wehl eine weitere Einfuhrsteigerung zu beachten. Auf der Ausfuhrseite zeigen die letzten Gruppen eine beträchtliche Zunahme, die in der Hauptsache auf einen vermehrten Zuderausfuhr zurückzuführen ist.

Die Abtrennung der Nationalliberalen

von der Deutschen Volkspartei ist nunmehr endgültig vollzogen. In einer Entschließung, welche eine in Berlin tagende Vertreterversammlung der Nationalliberalen Vereinigung faßt, heißt es: Durch das ganze Volk geht die Sehnsucht nach einer starken Regierung, die das deutsche Volk herausführt aus dem Zustand nationaler Kraftlosigkeit und sozialistischer Zersetzung. Der Erfüllung dieser Sehnsucht steht heute noch der nach außen internationale und nach innen auf Klassenkampf eingestellte Marxismus entgegen. Er verhindert die nationale Wiedergeburt, die Befreiung der Wirtschaft von ungesunden und volksgefährlichen Zwangsmaßnahmen, die Reinigung der Verwaltung im Reich und in den Ländern von den zersetzenden Elementen, die sich nach der Revolution in das ehemals vorbildliche deutsche Beamtentum eingeprägt haben. Er verhindert endlich vor allem die Befreiung des deutschen Volkes von der Schuldschuld und der außenpolitischen Würdelosigkeit, Befreiung und Gesundung von Staat und Volk, hindert den Neuaufbau der Verfassung auf rechtlicher Grundlage in Anknüpfung an die großen bismarckschen Ueberlieferungen, der Ausgestaltung des Klassenkampfes, die Verschmelzung zwischen Stadt und Land, gemeinschaftliche Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Zusammenführung der nationalen Parteien und der deutschen Berufsstände auf einem gemeinsamen politischen Boden. Diese Ziele können nur erreicht werden durch die bewußte Abkehr vom Marxismus, durch entschlossene Bekämpfung der Sozialdemokratie, welche die deutschen Arbeiter den Grundlagen des Sozialismus entfremdet. Unverträglich mit diesen Zielen ist namentlich die in Preußen noch bestehende Koalition mit der Sozialdemokratie. Diese Koalition muß unverzüglich beseitigt werden. Im Reich und in den Ländern müßten von zuverlässigen deutschen

Geist geleitet, von jedem direkten u. indirekten internationalen und sozialistischen Einfluß freie Regierungen gebildet werden. Das sind unsere Ziele. Alle Versuche, sie im Rahmen der Deutschen Volkspartei zur Anerkennung und Durchführung zu bringen, sind an der Haltung der Parteileitung gescheitert. Damit ist die Bindung der Vereinigung an die Deutsche Volkspartei gelöst. Für die bevorstehenden Wahlen empfehlen wir daher, um eine Zersplitterung der nationalen Kräfte zu vermeiden, soweit nicht in den Wahlkreisen von vorkommender oder anderer Seite Einzelpersönlichkeiten aufgestellt werden, die nach ihrer Vergangenheit und durch klares Bekenntnis zu den hier dargelegten Zielen eine sichere Gewähr für deren Durchsetzung bieten, die Liste der deutschen nationalen Volkspartei zu wählen.

Landesverratsbeschuldigung gegen einen Vorwärts-Redakteur.

Wie der Vorwärts mitteilt, ist gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes Ernst Reuter in Verfassung des Oberreichsanwalts wegen Landesverrat ein Verfahren eröffnet worden. Das Verfahren gründet sich, wie das Blatt angibt, auf einen am 3. 2. veröffentlichten Brief eines Offiziers Namens Gsh, der eine Schilderung seiner Beteiligung an dem Umsturzversuch vom 8. und 9. November 1923 gab. Weiter beruft sich der Oberreichsanwalt auf Polemiken die der Vorwärts am 5. und 8. Februar gegen die bayerische Regierung und gegen das Wehrfreikommando Stuttgart richtete.

Das neue Parlament Mussolinis.

In der neuen italienischen Kammer verfügt die Mehrheit der Regierungsparteien über 374 Sitze, wovon 280 Faschisten sind. Die Minderheit zählt 179 Sitze. Hier von erhielten die Sozialisten 65 statt 135, die Popularen (Katholische Volkspartei) 39 statt 105, die Liberalen Faschisten 19, die Parteilanger Giolittis 17, die Gruppe um Amendola 12, die Demosozialisten 11, die Slaven 2, die Deutschen 2 statt 4. Von den Sozialisten sind 25 Mehrheitssozialisten, 22 Unabhängige, 17 Kommunisten. Die Stimmen der Regierungsparteien liegen von drei Millionen auf 4 800 000, die der Kommunisten von 285 000 auf 304 000, die der Republikaner von 124 000 auf 125 000. Die Stimmen der Sozialisten sanken von 1 600 000 auf 800 000, die der Popularen von 1 300 000 auf 645 000. Die Sozialisten und Popularen bildeten also die Hälfte ihrer bisherigen Stimmen ein.

Polnische und italienische Deutschfeindlichkeiten.

(W) Nach einer Meldung aus Tarnobrz wurde ein deutscher Kinderhort, der armen Kindern eine Unterfützung bietet, von der Wohlfahrtsbehörde aufgefordert, weil der Kinderhort politisch beeinflusst sein sollte.

Nach einer Meldung aus Bogen wurden der ehemalige Bürgermeister Berathener und der frühere Abg. Reut-Niedeluff von Faschisten überfallen und mißhandelt. Reut-Niedeluff hat ein Knie entsetzt, das den deutschen Kandidaten Baron Sternbach beschuldigt, während des Krieges als österreichischer Statthalter in Udine Bilder und Gegenstände gestohlen zu haben. Darauf stürzten sich die Faschisten auf Reut-Niedeluff und den ihn begleitenden Berathener. Beide erlitten schwere Verletzungen. Der Trienter Prälat versprach nach den Schuldigen zu fahnden.

Der Schadenersatz für zerstörte Schiffe.

(W) Die gemischte Schädenerfahungskommission hat die Entscheidung gefällt, daß Deutschland nicht verpflichtet sei, eine Entschädigung für die Zerstörung von Schiffen zu bezahlen, die von den Vereinigten Staaten während des Krieges zwecks militärischer Operationen gegen Deutschland in Tätigkeit gesetzt waren. Deutschland müsse dagegen für kriegsbeschädigte Schiffe, die von den Vereinigten Staaten während des Krieges zerstört wurden, Schadenersatz leisten. Die Liste der zerstörten Schiffe lautet: USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“, USS „Albatross“.

Der amerikanische Erdölskandal.

Der Untergang des Ockersten Bundesgerichts gegen den Petroleummagnaten Harry Sinclair lautet auf „Ungehorsam gegen den Senat“, weil er sich geweigert habe, vor dem mit der Untersuchung des Erdölstandards betrauten Senatsausschuß zu erscheinen. Sinclair, der gegen eine Bürgschaft von 5000 Dollar auf freiem Fuß belassen worden ist, bestreitet dem Senat das verfassungsmäßige Recht, einen Bürger in bezug auf persönliche Angelegenheiten zur Rechenhaftigkeit zu ziehen.

Westfalen und Rheinland.

Die Zukunft der Sozialversicherung.

Kamen, 10. April. Auch die Sozialversicherung hat den Säulen des letzten Jahres nicht zu tragen vermocht. Die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger ist zunehmend schwächer geworden, in vielen Fällen sogar erschüttert. Man könnte annehmen, daß die Ursache dieser Verhältnisse nur in den bekannten Geldschwierigkeiten zu suchen ist und daß durch die Besserung der Verhältnisse bessere Zeiten herbeigeführt würden. Dies trifft aber nicht zu. Die Sozialversicherung ist ein Spiegelbild unserer Wirtschaftslage. In jenen Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, in denen die deutsche Sozialversicherung geschaffen wurde, war es verhältnismäßig nicht schwer, die erforderlichen Geldmittel aufzubringen. Wir wissen, daß wir nunmehr in einer Zeit größter wirtschaftlicher Bedrängnis leben. Die hinter der Sozialversicherung stehenden Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden bemüht sein müssen, die wirtschaftlichen Kreise unseres Volkes zu stärken, damit dem Gebäude der Sozialversicherung der materielle Unterbau nicht fehlt. Sozialpolitik setzt eine gesunde Wirtschaftspolitik voraus. Wenn wir die Wohlfahrt fördern wollen, müssen wir in erster Linie arbeiten. Die alte Mahnung: Bete und arbeite! erhält so eine neue umfassende Bedeutung. Es geht nicht mehr an, zugunsten der sozialen Fürsorge Forderungen zu erheben, die sich auf der Grundlage unserer Wirtschaftslage dauernd nicht erfüllen lassen; dies führt zu Rückschlägen und neuen Erschütterungen. Wir müssen uns in dieser Beziehung vor jeder Selbsttäuschung hüten. Ohne das starke Bewußtsein von den sittlichen Pflichten, das die Menschen untereinander verbinden, wäre die Einführung der Sozialversicherung nicht möglich gewesen. Zu ihrem Weiterbestehen bedarf die Sozialversicherung der fortwährenden Erneuerung aus diesem sittlichen Bewußtsein der Bevölkerung heraus. In dem Maße, wie die wirtschaftlichen Kräfte schwächer geworden sind, werden die sittlich-sozialen Kräfte stärker werden müssen.

Kamen, 10. April. (Verschiedenes.) Ein im Dienst eines Kommunalverbandes angestellter Kreisaußschuß-Beauftragter wurde in den Ruhestand versetzt und in Gruppe 8 eingestuft, während er nach seiner Auffassung in Gruppe 9 hätte eingestuft werden müssen, weil er bei seinem Ausscheiden eine Stelle bekleidet hatte, die der Gruppe 9 entsprach nämlich die eines Bürodirektors, die ihm allerdings nicht verliehen worden war. Er klagte darüber auf Feststellung, daß er in Gruppe 9 einzustufen sei. Das Reichsgericht hat jedoch durch Urteil vom 14. Dezember 1923 die Klage wegen Unzulässigkeit des Rechtsweges abgewiesen. In der Begründung wird ausgeführt, der Kläger wolle, indem er eine Einstufung in eine andere Klasse begehrt, einen Verwaltungsakt durch das Prozeßgericht beseitigen lassen. Das sei unzulässig. Gehalt und Ruhegehalt könne ein Beamter nur nach Maßgabe derjenigen Stelle verlangen, die ihm übertragen worden sei, nicht aber entsprechend einer solchen, die ihm hätte verliehen werden sollen oder die er selbst seiner Dienststellung gleichwertig erachte. Nur die aus einer verbleibenden Stelle erwachsenen vermögensrechtlichen Ansprüche seien im Rechtswege verfolgbar, nicht aber Ansprüche aus einer Stelle, in die der Kläger überhaupt nicht gelangt sei. § 129 Abs. 1 der Reichsverfassung, der die wohlverordneten Rechte der Beamten für unverletzlich erklärt, sei nicht verletzt. Zu Unrecht berufe sich endlich der Kläger darauf, daß der Minister des Innern in einem Bescheid vom 2. August und 2. Oktober 1920 die Beamten, wenn sie sich unrichtig eingestuft glaubten, auf die Beschwerde des Reichsweges verwiesen habe. Denn mit diesem Hinweis sei lediglich der nach Lage der Gesetzgebung vorhandene Rechtsweg gemeint, nicht aber irgend eine Erweiterung desselben.

Der Dollar nach der amtlichen Mitteilung vom Mittwoch = 4189 500 000 000 bis 4210 500 000 000, das englische Pfund = 18 205 000 000 000—18 295 000 000 000, der holl. Gulden = 1 566 100 000 000—1 573 300 000 000, der schweizerische Franken = 734 200 000 000 bis 737 800 000 000, der französische Franken = 253 400 000 000—254 600 000 000.

(Notgeldmünzen des Deutschen Reichs.) Vom städtischen Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben: Das Deutsche Reich hat mit amtlicher Genehmigung Notgeldmünzen herausgegeben, deren Wertbeitrag zur Behebung der leiblichen und geistlichen Not der Bevölkerung des besetzten Gebietes bestimmt ist. Nähere Auskunft erteilt das städtische Wohlfahrtsamt, auch werden die Bestellungen auf die Notgeldmünzen bis zum 20. April d. J. an jedem Vormittage entgegengenommen.

(Lustbarkeiten an den Osterfeiertagen.) An dem Vorabend des 1. Ostertages sowie an diesem Tage selbst und in der ganzen Karwoche dürfen weder öffentliche noch private Tanzmusiken, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten veranstaltet werden. Am Karfreitag dürfen außerdem auch theatralische Vorstellungen sowie Lichtspielvorführungen, Schaustellungen und öffentliche Lustbarkeiten nicht stattfinden. Von diesem Verbot werden ausgenommen: 1. Darbietungen geistlicher Musik, 2. theatralische Vorstellungen von Stücken ernstlichen Inhalts, die von der Polizeibehörde als der Bedeutung des Tages angemessen genehmigt werden. In den für die Aufführungen (1 und 2) benutzten Räumen darf ein Schankbetrieb nicht stattfinden.

(Westkalender 1924.) Nach Beschluß des Westfälischen Heimatbundes in Soest soll auf Einladung der Stadt Siegen zu ihrem 700jährigen Stadtjubiläum hin der diesjährige Westkalender in Soest stattfinden. Das Stadtjubiläum und der Westkalender finden gemeinsam am 5. und 6. September 1924 statt. Die Vor-

Es geht um Deutschlands Leben und Sterben.

Am 4. Mai also ist Reichstagswahl. Wen und was wählen wir? Wir haben zu wählen, ob Deutschland leben oder sterben soll. Dann entscheiden wir uns natürlich dafür, daß Deutschland lebe, denn leben wollen wir ja alle, und möglichst gut. Soweit wären also alle Deutschen einmütig. Die Einigkeit geht noch weiter: Wir wollen, daß jedes Volk auf freiem Grunde stehe, wir wollen des Jochs, das man uns in Versailles auf den Nacken gelegt, ledig werden, wir wollen mit allen Mitteln verhindern, daß die Papierflut wieder über uns kommt, daß wir in Millionen und Trillionen erstickt; wir wollen gesunden, moralisch und wirtschaftlich; wir wollen arbeiten. Wer nicht arbeitet, soll nicht essen, so heißen wir's, als die Demokratie bei uns mit dem Sozialismus begann und mit der Erfassung der Sachwerte fortfuhr; nur mehr Arbeit, Steigerung der Produktion kann uns retten, sagten die Männer der Industrie und der Wirtschaft. Daß der Bauer, daß der Mittelstand, soweit davon noch übriggeblieben, arbeitet, ist so selbstverständlich wie daß die freien Berufe arbeiten, denn ihnen ist Arbeit stets Leben und Lebensziel Arbeit gewesen. Es gibt nichts, was so kennzeichnend wäre für deutsche Wesensart wie die Wille zur Arbeit.

Das wäre es also, worin wir alle übereinstimmen: ein freies, ehrbares, arbeitames Volk in einem wieder geachteten Staate. Selbst die Parteien wollen das; es ist ihrer aller Wunsch und Ziel. Also los, marschieren wir, das Ziel steht im Auge! Aber schon geriet sich der Haufe, lockert sich die Volksgemeinschaft, und als ob alle Wege wie nach Rom zu dem Ziel führten, sehen wir aufgeteilt im Felde Hähnlein um Hähnlein seine eigenen Pfade wandeln. Um einem dringenden Bedürfnis abzuweichen, werden täglich neue Parteien gegründet, so daß wir Nummer 3 erreicht haben. Bis zum 4. Mai wird vermutlich das halbe Hundert voll sein, so daß wir dann in der Beziehung mit Recht behaupten können: Deutschland in der Welt voran! Hierzu schreibt nun die „Köln. Ztg.“ u. a. Das deutsche Volk ist nicht mehr in Parteien gespalten, es verkrümelt sich in Parteilichkeit. Jedes Parteigewerbe, so wenig es sein mag, bläst sich in Selbstgefälligkeit und Reiz auf hohen Stöhnen gewöhnlich einher wie der Storch im Salat, um uns zu verblenden, daß es im Besitz der allein wahren und echten Paragrafen sei, an der das Volk gehandelt werde. Dem Volk aber, all-nur-wenigstens, die erkennen, daß mit solcher politischer Quacksalberei unser arm-s Deutschland zu Tode kurieren wird, steigt der Widerwille gegen das sinnliche Selbstlob der Parteiprogramme und Parteiführer bis zum Halse. Sie sehen sich in diesem verzweigten und verfallenden Totenreich des Parteigewerbes nach einer Formel des geordneten Menschenverstandes, die knapp und klipp und klar das sagt, was gut tut und auf die alle sich einigen können, die, wenn auch nicht dasselbe, so doch das gleiche wollen.

Wo die Volksgemeinschaft? Glaubt, die Volksgemeinschaft ist das einzige Wahre; aber wir sehen schon, daß sie da aufhört, wo das Parteigewerbe anfängt, und in fast fünfzigjähriger Revolutionsgeschichte haben wir erfahren, daß sie für deutsche Dauerhaftigkeit eine Utopie ist. Wir sind in dieser Zeit nach rein sozialistischen, nach rein bürgerlichen und nach gemischt bürgerlich-sozialistischen Rezepten regiert worden, so in Grund und Boden registriert worden, daß die Erkenntnis allgemein wurde, nur die erzogenen Unterordnung unter einen Einzelwillen könne uns retten, da in Deutschland ein Gemeinwille nicht zu erzielen ist. Es war die Zeit, wo Stresemann meinte, propheteien zu dürfen, daß sein Kabinett die letzte demokratische Regierung sein würde. Damals lag die Diktatur in der Luft, die proletarische Diktatur nach Moskauer Vorbild, sowohl wie die nationalsozialistische, die großdeutsche Diktatur. Beide waren uns greifbar nahe. Die Sozialdemokratie, wenigstens die Mehrheit ihrer Reichstagsfraktion, hat sich in jenen Tagen nicht entschließen können, ihr Ziel der Klassenherrschaft zurückzugeben und im Interesse des Volksganzen ihre durch die Sozialdemokratie geknüpften Bindungen an den Kommunismus zu lösen. Aber der Reiz, der durch diesen politischen Gewissenskonflikt in die Partei getrieben wurde, sitzt fest darin und wirkt spallend nach, so daß heute ein beträchtlicher Teil von Sozialdemokraten für die nationale Gemeinschaft zu haben wäre, wenn er verständnisvoll entgegenkommen fände. Auf der anderen Seite war der Münchener Prozeß ein Querschchnitt durch den Nationalismus, der er armungslos deutlich vor den Augen des Inlands wie des Auslandes bloßgelegt hat, in welchem Mißverhältnis bei diesen warmherzigen Patrioten die politische

Bereitungen zu diesen Veranstaltungen, die möglichst großzügig durchgeführt werden sollten, sind im Gange. Da der Heimatbundgast in Westfalen immer größere Zustimmung findet, so ist mit einer höchst bedeutungsvollen Tagung zu rechnen.

(Rauchverbot für Jugendliche.) Ein Rauchverbot für Jugendliche unter 16 Jahren besteht seit dem 19. April 1918, trotzdem kann man des öfteren beobachten, wie die Jugend mit einer Zigarette oder einer Zigarre im Munde frei und offen einhergeht und sich bemüht, unter Verzerren aller Gesichtsmuskeln das Ding in Brand zu halten. Daß das Rauchen außerordentlich bei Jugendlichen wirkt, ist von ärztlicher Seite längst nachgewiesen worden. Es sollen deshalb alle Eltern, Behörden, Arbeitgeber usw. darauf achten, daß Jugendliche nicht in den Besitz von Rauchmaterial kommen. Die Zigarettenhändler dürfen Rauchgut nicht an Jugendliche abgeben. Wer denn je wird in Zukunft auf die Befolgung der Vorschriften seitens der Polizeibehörden geachtet werden.

Einigkeit und die Kraft des Miteinanders zu ihrem heißen, opferwilligen Sehnen steht. Was uns bis dahin eins erschien als ein von gemeinsamen Zielstrebigkeit zusammengehaltener fester Körper, hat uns der Hitlerputz als ein Gebilde gezeigt, das von zahllosen Spaltspitzen durchsetzt und unfähig ist, auch nur den ersten Schritt zum Ziel mit Aussicht auf Erfolg zu versuchen. Die Menschen, die sich im Münchener Gerichtssaal als Angeklagte und Zeugen habe erfüllt gegenüberstanden, wollten das gleiche, aber die Uneinigkeit über den Weg, der einzuschlagen sei, machte sie zu erbitterten Feinden. Die einen wollten italienisch, die anderen japanisch marschieren, Hitler wollte wie Mussolini die Diktatur aus dem Volke heraus erzwingen, nach und seine Freunde wollten die Diktatur, die sie Direktoren nannten, wie Alvera auf dem Wege der allseitig machenden Diktatur von oben her auferlegen. Zu welchem Gefühlsverwirrungen der Nationalismus in diesem Lager erstarkt ist, zeigte vor einiger Zeit ein Aufruf in dem „amtlichen Organ des völkischen Reichsbundes in Bayern“, der sich bemühte, den Unterschied zwischen vaterländisch und völkisch klarzumachen. „Vaterländisch und völkisch“, hieß es da, „sind zwei in ihrem innersten Wesen verschiedene Richtungen. Es sind auch zwei grundverschiedene Kräfte, die sich hier gegenüberstehen.“ Vaterländisch, so werden wir belehrt, seien die Alten; sie seien konservativ, wollten erhalten, völkisch aber sei die Jugend; sie sei revolutionär, ihr gehöre die Welt, ihre Herrschaft habe begonnen: „Wasser und Feuer und blitzen zwei Elemente, die sich nicht in einem vereinen. Diese Scheidung braucht nicht notwendig Gegensatz zu bedeuten, sie muß im Gegenteil vor allem dazu führen, daß die alte Generation vortritt, was wir wollen.“ Das wird der alten Generation reichlich nicht leicht gemacht. Der Meinung ist oft nur nach Oswald Spengler, nach der prächtigen Rede zu schließen, mit der er neulich in Würzburg unserer Jugend das Gewissen geschärft hat.

Ich vermisse in der Jugend, die heute mitten in der nationalen Bewegung steht, sagt Spengler, den Umfang des Wissens, den sie sich hätte aneignen können und müssen, denn Politik beruht nicht auf einem Wissen, sondern auf einem Können, und das Können setzt voraus, daß man alle diejenigen Gebiete beherrscht, auf denen Politik getrieben wird. Das ist es, was ich zunächst als Aufgabe der nationalen Jugend sehe, sich mit eifrigem Fleiß einzuarbeiten in das, was man das weltpolitische Ziel der Nation nennen könnte, und damit geistig über die Grenze hinauszuwachen, die Deutschland heute noch von der Welt abtrennt. Der Zukunft Deutschlands beruht nicht auf dem, was innerhalb der Grenzen in neuer Form entsteht, sondern was in die Welt hinausragt und der Grenze erzielt und erreicht wird.

Deshalb hat auch am 4. Mai jeder Deutsche den Blick über die Grenze hinaus zu erheben und sich bewußt zu sein, daß er mit seiner Stimme die Verantwortung für die Zukunft seines Volkes trägt. Wir stehen heute also, jung und alt, zum großen Teil auf dem Gedanken, auch die Alten, die Wismars klein-deutsche Lösung durch Preußen mit Eis und Eisen verdrängen haben. Wenn wir aber ein Großdeutschland wollen — und wir dürfen und müssen es heute wollen —, dann darf unser heißer Wunsch, es erfüllt zu sehen, uns nicht verblenden: die Möglichkeit, wie es allein zu erreichen ist, aus dem Auge zu verlieren. Wir leben nicht in Utopien, nicht einmal in dem Spanien von 1807 oder dem Preußen von 1813, wo alle Welt auf das Signal war, es, das ja zum Widerstand gegen die Napoleonischen Kriege sollte. Heute wartet die Welt darauf, daß wir eine Unklarheit beseitigen, daß wir uns mit Gewalt gegen den Zwang von Versailles auflehnen können, damit sie alle, die 26 oder wieviele es ihrer waren, sich wieder gegen uns vereinen und, gerechtfertigt durch die Gründe, die wir selbst ihnen an die Hand gegeben, mit Deutschland ein Ende machen, um miteinander ihren Frieden zu haben. Deshalb müssen wir klug sein wie die Schlange, in die wir den Ring der Selbstsucht und Enttäuschung finden und uns dabei halten, nach dem Unablässigen zu greifen, müssen, um es kurz auf die unbeliebte Formel der Tagespolitik zu bringen, Erfüllungspolitik treiben.

Wenn wir nun weiter die proletarische noch die nationalsozialistische Diktatur wollen dürfen, so werden wir uns schon bei der demokratischen Diktatur bescheiden und ihr die Ermächtigung erteilen müssen, den Parteiparieren und Eliten der Parteien durch eine zurecht gesetzte parlamentarische Mehrheit den Willen des ganzen Menschenrechts aufzuerlegen, der das Mögliche erstrebt.

Ein Damenklub wurde auf der Altemerstraße in der Nähe der Heide Monopol gegründet. Der Berliner kann denselben bei der Polizeibehörde (Markt 5, Zimmer 3) abholen.

Aus dem Amte Kellern, 9. April. Vom Landratsamt wird uns geschrieben: „Die gegen Amtmann Friedrichs verhängte Amtsenthebung ist aufgehoben. Amtmann Friedrichs wird seinen Dienst am 9. April wieder aufnehmen. Das gegen ihn mit dem Ziele auf Entlassung eingeleitete Disziplinarverfahren wird beschleunigt fortgeführt.“

Am 10. April. (Besatzung.) In der Verwaltungskammer der Schule in Hamm bestand weiter die 2. Fachprüfung (Obersekretär) der Amtsekretäre Emil Böttmann von der Amtsebene des Amtes Hamm-Kamen in Hamm.

Am 10. April. (Recher-Witwen- und Waisenklasse.) Heute fand hier selbst die diesjährige Hauptversammlung der Hammer Reher-Witwen- und Waisenklasse

statt. Der 1. Vorsitzende Rektor L. A. Siegle rief Namen eröffnete sie. In seinem Jahresbericht betonte er, daß das Jahr 1923 wegen der Inflation auch für die Witwenklasse ein schweres Jahr gewesen sei. Der Vorstand habe wiederholt Beiträge und Pensionen zeitgemäß zu erhöhen gesucht; aber kaum seien neue Beschlüsse gefaßt worden, so seien sie schon wieder durch die Geldentwertung überholt worden. Er führte dann weiter aus, daß die Zahl der Mitglieder sich von rund 218 auf 322 erhöht und die pensionsberechtigten Witwen von 60 auf 57 verringert habe. Der Rentant H. u. n. o. d. Hamm legte die Jahresrechnung mit ihren großen Zahlen und vielen Zahlen. Er betonte, daß die durch die Geldentwertung das Vereinsvermögen fast auf ein Nichts zusammengekrümelt sei, daß aber eintreffend, das Vereinsvermögen nicht untergehen zu lassen, sondern tatkräftig an dem Wiederaufbau mitzuwirken. Einmütig wurde dann der jährliche Beitrag der Diätäre auf 20 Mark, der Witwen über 60 Jahren ebenfalls auf 20 Mark, der Ruheständler auf 30 Mark und der übrigen Mitglieder auf 36 Mark festgesetzt. Die Witwenpension soll für das Jahr 1924 160 Mark betragen. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt und zwar Siegle als 1. Vorsitzender, Fels-Mühlhausen als 2. Schriftführer und Hanna Lina als Beisitzer. Auch die Rechnungsprüfer Richter und Schulz-Willeboog-Kamen wurden wiedergewählt. Im Anschluß an die Versammlung eröffnete Herr Siegle die Hauptversammlung der Hammer Reher-Witwen- und Waisenklasse. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1923 461. Gestorben sind 6, ausgeschieden 5 und eingetreten 23 Mitglieder, so daß die Mitgliederzahl am 1. Januar 1924 630 betrug. Herr Siegle legte die Jahresrechnung vor. Sie war von den Rechnungsprüfern für richtig befunden. Rentant und Vorstand wurden einstimmig für das Jahr 1924 auf 6 Mark und für Witwen, deren Männer Mitglieder der Klasse gewesen sind, auf 4 Mark festgesetzt. Das Sterbegeld soll 300 Mark betragen.

(W) Dortmund, 9. April. (Wohnungsmittelbörse.) Am 8. April fand auf Einladung der hiesigen Handelskammer eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Wohnungsmittelbörse statt, in der eine Wohnungsmittelbörse gegründet wurde. Ein Wohnungsmittelbörse soll nach dem Willen der Wohnungsmittelbörse gegründet werden. Der erste Vorstand findet am 24. April, nachmittags 3 Uhr im Hofsaal der Dortmunder Gewerkschaftsbörse statt. Die Geschäftsführung liegt vorerst in den Händen der Handelskammer Dortmund, die auch die Anträge auf Zulassung zur Börse entgegennimmt.

Der Bergmann. 9. April. (Vor dem französischen Kriegsgericht.) Der Bergmann Gust. Böling aus der im unbesetzten Gebiet liegenden Bergheimerwald hatte am 20. Januar im Schwerter Wald mit einem französischen Posten einen Zusammenstoß. Böling befand sich damals in einem Posten, von dem er nach Bergheimerwald und wurde im Schwerter Wald von zwei französischen Soldaten angehalten. Der französische Posten hatte den rechten Weg verloren und war ins unbesetzte Gebiet geraten, glaubte aber, sich noch im besetzten Gebiet zu befinden. Dem Böling und seinen Begleitern gelang es nicht, die Soldaten davon zu überzeugen, daß ihre Handlung unrechtmäßig sei. Die Soldaten beschlagnahmten vielmehr die von den Deutschen beschlagnahmten Waren und wollten die Deutschen zum Grenzposten führen. Dem widersetzten sich Böling und seine Gefährten und es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf einer der Soldaten zu Boden geschlagen wurde. Während Böling am nächsten Tage in Bergheimerwald verhaftet wurde, gelang es seinen Begleitern, unbekannt zu bleiben. In der Hauptverhandlung wurde dieser Sachverhalt im wesentlichen zugegeben. Der Verteidiger, A. M. Dr. Willeboog-Kamen, beantragte die Freisprechung des Angeklagten, weil eine Unmöglichkeit des französischen Gerichts nicht gegeben sei. Der Vorfall habe sich unbestritten im unbesetzten Gebiet zugegeben, insofern sei lediglich die deutsche Gerichtsbarkeit zur Abhandlung berufen. Obwohl der Staatsanwalt diesen Ausführungen nicht widersprach und ihre juristische Stichhaltigkeit zugeben mußte, gelangte das Gericht zur Verurteilung. Während Böling mit 3 Monaten Gefängnis, die größten Teile durch die Untersuchungszeit bereits waren, davonkam, erhielten seine Begleiter Hermann, P. u. g. und A. L. m. p. t. in Abwesenheit Gefängnisstrafen von je 2 Jahren.

Witwen (Reher), 9. April. (Das „Hamm-Waisen-Kriegsdenkmal.“) Eine von der Front mitgebrachte und als Zigarettenschneider präparierte kleine Grabengröße hatte durch Explosion fast unvorstellbares Unglück angerichtet. Dieselbe war schließlich durch einen Feuerwerfer entladen, nachträglich schon durchbohrt und für den bejagten Zweck hergerichtet und seit Jahr und Tag in Gebrauch genommen. Unbedenklich war darum der Apparat auf dem Dien gestellt worden, wo er plötzlich mit furchtbarer Gewalt explodierte, und zwar unmittelbar vor dem anwesenden Gasten. Die Explosion war zerrüttend und die Granatplitzer hatten ringsumher Wundmale, Dede und Fensterstößen durchschlagen; aber von den anwesenden Personen war wie durch ein Wunder nur eine Person im Gesicht so unbedeutend verletzt, daß die Heilung durch ein Heilpfaster erfolgen konnte. Bei einer zweiten Person war der Granatbrocken auf einer blechernen Zigarettenbox abgeprallt. Vor der Aufzeichnung und Benützung solch harmlos erscheinender Kriegsdenkmäler kann darum nicht dringend genug gewarnt werden. In diesem Falle hätte der unbewußt noch in der Granat vorhandene Rest des furchtbaren Sprengstoffes genügt, um so und so viele Menschenleben zu vernichten. Geradezu wunderbarer Weise fand hier alle mit dem Sprengen davorgekommen.

Eine willgeordnete Amazone.

Buer, 5. April. Vor dem Schöffengericht in Buer stand ein dem äußeren Anschein nach ansehnliches weisses Weibchen aus Horst, das der dortigen Polizei einen Ausbruch gemacht hat, dem sicherlich im weiteren Umkreis nicht gleichgültig an die Seite zu stellen ist. Es ist 23 Jahre alt und hat sich erschreckliche Verantwortung in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt zuzuschreiben lassen. Die Zeugnisaussagen entwarfen folgende wilde Amazonengeschichte: Die Angeklagte hatte sich in Horst, wahrscheinlich in einer lustigen Gesellschaft, entgegen aller damenhaften Klüften, einen Bombenknall angetrieben. Der also gekennzeichnete Zustand machte sich, wie das sonst wohl bei Männern der Fall zu sein pflegt, durch eine besondere Kampfbereitschaft bemerkbar, die ihre Trägerin veranlasste, zunächst — immer noch weiblisch — mit einem wahren Trommelfeuer von Schüssen auf einen harmlos einherwandernden Schutzmännchen loszuschießen. Er lagerte nur so „Blau Hund“, „Stenja“, „Louis“ und mehr dergleichen sprachliche Kostbarkeiten. Der also überfallene Beamte ließ diesen Erguß zunächst an seiner unerschütterlichen Beamtentüchtigkeit abprallen und bedachte der freischützigen „Dame“ mit gewöhnlicher Sachlichkeit: „Nun, Fräulein, ich denke, wir hätten jetzt genug Standal gemacht.“ Ringsherum an Fenster und Türen, machte sich schon eine sensationslustige Zuschauermenge bemerkbar. Weit davon entfernt, Frieden zu schließen, ging das bedruckte Weibchen dazu über, dem Beamten „Eine aus der Kasse Hand“ zu servieren, die der Beamte unter Eid „als nicht ohne“ bezeichnete. Nun war es mit der Gemütskur vorbei. Die verurteilte Festnahme wurde eine Walgerei, bei der der Beamte vergeblich seinen Bändiger mit ins Feld führte. Es mußten zuguterlezt noch zwei weitere Beamte auf dem Plan erscheinen, um der rasenden Amazone Herr zu werden. Die bestiegene Jungfer gebrauchte bei ihrer Abführung Worte, die sich gedruckt noch schlechter als gesprochen ausnehmen würden. Damit war der Kampfgeist aber noch lange nicht gebrochen. In der Haftzelle stand ein harmloser Zinkimer, der von der Eingesperrten solange gegen Wände und Gegenstände gehauen wurde, bis seine zinterne Stabilität aus den Fugen ging. Nach diesen Anstrengungen stellte sich endlich ein wohlverdientes Ruhebedürfnis ein, dem am andern Morgen ein ungewöhnliches Erwachen gefolgt sein dürfte. Vor dem Gericht verurteilte die Angeklagte, total betrunken gewesen zu sein und versprach unter reuevollen Tränen, niemals wieder etwas Ähnliches zu sich zu nehmen. Außerdem will sie der Gemeinde Horst am 1. April den zerkauten Eimer ersetzen. Das Gericht verurteilte das reuevolle Mädchen zu 3 Wochen Gefängnis, die aber 3 Jahre hinausgeschoben werden und nach guter Führung innerhalb dieser Frist in Freiheit kommen. Außerdem ist eine Geldbuße von 40 Goldmark zu zahlen. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß ein derartiger Vorfall lange nicht mehr zur Verhandlung gekommen wäre.

Horst, 8. April. (Freie Ladendiebe.) In der Kolonialwarenhandlung Nolte, Hochstraße, Burgstraße-Ecke, schlichen sich nachmittags zwei gutgekleidete Diebe ein. Gegen 2.30 Uhr kam das Ladenmädchen, dem die beiden Männer noch die Bänder streichelten, um sich dann hastig zu verabschieden. Das Mädchen machte den Chef von den sonderbaren Besuchern der beiden Mitteilung. Dieser ließ sofort durch seinen Sohn die Verfolgung der Diebe aufnehmen und benachrichtigte die Kriminalpolizei, die sich ebenfalls an der Verfolgung machte. Mittlerweile entdeckte er, daß die Ladentafel erbrochen und um circa 50 Mark beraubt worden war. In Buer-Sutum gelang es den Verbrechern, sich unter eine Anzahl Arbeiter zu mischen und so zu entkommen. Bis jetzt konnten die Diebe nicht ermittelt werden.

Münster, 9. April. (Die Goldschmied der Stadt Münster.) Die Stadt Münster hatte bekanntlich vor 2 Jahren von der holländischen Firma Sion eine größere Menge Goldschmied bezogen, das infolge der ungeheuren Geldentwertung nicht bezahlt werden konnte. In dem Prozeß der Firma gegen die Stadt Münster hat das Landgericht nunmehr den Parteien einen Vergleichsvorschlag dahin gemacht, daß die Stadt für die bezogene Goldmenge pro Jahr der eingelagerten circa 60.000 Gulden nur 25.000 Gulden zahlen und nur die Hälfte der entstandenen Projektkosten tragen soll. Die Stadt hat bestritten, daß die Bestellungen des Bürgermeisters Dörfling verbindliche Kraft gehabt hätten, weil nach der westfälischen Städteordnung ein zweites Mitglied des Magistrats die Bestellscheine mit unterschreiben müsse. Auch waren die in Rechnung gestellten Goldmengen betreffs ihres Quantums beanstandet worden. Die umfangreichen Beweisaufnahmen, die dieserhalb erforderlich waren, sind noch nicht reiflos abgeschlossen. Die Stadt ist aber insofern in jedem Falle haftbar, als sie das Goldschmied beauftragt hat. Zu dem Vergleichsvorschlag sollen sich die Parteien bis zum 1. Mai ds. Js. erklären. Man darf auf den Ausgang des Prozesses gespannt sein.

W. Osterfeld, 9. April. (Witterungen entsetzt.) Vorgestern mittags 12 Uhr entgleisten im Bahnhof Naental bei der Ausfahrt des nach Remscheid fahrenden Güterzuges die an den Zug gekuppelte Schiebelokomotive infolge Bruchs des linken Zugstranges, wodurch beide Hauptgleise nach Ronsdorf und Bencep gesperrt wurden. Personen sind nicht verletzt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Duisburg, 5. April. Der Einbruch in das Duisburger Museum während der Besetzung des Rathauses durch die Separatisten im November vorigen Jahres fand jetzt vor der 1. Strafkammer seine Sühne. Wegen schweren Diebstahls hatten sich der Maurer Otto Kohnert, der Schlosser Heinrich Kilmann, beide in Haft, der Wäcker Heinrich Kilmann und der Schlosser Joh. Schme-

lendorf, letzterer in Haft, zu verantworten. Diese vier gehörten der separatistischen Bewegung an und benutzten die Gelegenheit, das leere Rathaus nach einer Diebesgelegenheit abzuziehen. Der Angeklagte Kohnert kam mit einem Begleiter namens Mohr zum Museum. Mohr öffnete die Tür und hat, wie Kohnert angab, auch den Kasten, der wertvolle alte Münzen enthielt, erbrochen. Kilmann und Wottkamp sind einige Tage später ebenfalls in das Museum gegangen und haben Münzen fortgenommen. Die beiden erklärten, die Münzen seien offen gewesen und die Münzen hätten auf dem Fußboden herumgelegen. Wottkamp hatte später Schwellenbänke einige Münzen gegen Zigaretten eingetauscht. Schwellenbänke will nicht gewußt haben, daß die Münzen aus einem Diebstahl herkämen. Er wurde freigesprochen, dagegen erhielt Kohnert wegen schweren Diebstahls 2 Jahre Gefängnis, Kilmann wegen einfachen Diebstahls 1 Jahr Gefängnis und Wottkamp, der als geistig minderwertig erklärt wurde, 6 Monate Gefängnis.

Oberhausen, 8. April. Neue Fälschungen von Reichsbanknoten sind in Oberhausen aufgetaucht. Es handelt sich um 20-Billionenscheine, die aus echten 20-Millionenscheinen der Ausgabe vom 25. Juli 1923 hergestellt sind. Das M in der Wertbezeichnung ist durch Wegnahme entfernt und ein W mit Tusch nachgezogen worden. Auch das Datum ist auf gleiche Weise entfernt und durch das Datum 2. März 1924 ersetzt worden. Die Fälschung ist so geschickt ausgeführt, daß die Fälschstücke von den echten Scheinen nur bei sorgfältiger Untersuchung unterschieden werden können. Ferner ist eine durch Steinbruch hergestellte falsche 100-Billionennote in Umlauf. Die falsche Grundfarbe ist etwas blässer. Ein täuschend ähnliches Wasserzeichen ist den Scheinen aufgedruckt. Da in letzter Zeit in Oberhausen die vertriebsmäßigsten Geldfälschungen bemerkt worden sind, muß es sich um eine hier anfallige Fälscherbande handeln, die systematisch vorgeht.

Aus dem englischen Unterhause.

(W) Im Unterhause fragte Baldwin den Ersten Minister, ob das Haus eine Gelegenheit erhalten werde, irgendwelche neuen Abmachungen bezüglich der interalliierten Schulden oder der Entschädigungen zu erwägen, bevor ein Ueberkommen erzielt werde. MacDonald erklärte, er habe diese Frage sehr sorgfältig geprüft, in dem Vertrauen, allen bestimmten Punkten, die Baldwin vortrug, im Sinne habe, entgegenzukommen. Er könne jedoch nicht sagen, wie dies getan werden könnte innerhalb der Grenzen der Antwort auf eine Anfrage. Baldwin fenne die Schwierigkeiten, unter denen internationale Verhandlungen geführt würden, und die unbedingte Notwendigkeit, daß verantwortliche Vertreter in der Lage seien, im Namen ihres Landes zu sprechen. Wer auch immer diese Verhandlungen führe, dürfe natürlich nie vergessen, der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Er, MacDonald, müsse jedoch für die gegenwärtige Regierung dieselbe Aktionsfreiheit in Anspruch nehmen, die ihre Vorgängerinnen genossen hätten, da auf jeder anderen Grundlage Verhandlungen unmöglich seien. MacDonald fügte auf eine weitere Frage Baldwins hinzu, es werde Gelegenheit zu Erörterungen im Hause gegeben werden, sobald die geringste Aussicht auf Eröffnung dieser Verhandlungen bestehe. Auf die Anfrage eines Parlamentsmitgliedes, ob MacDonald irgendwelche von früheren Regierungen eingegangene Geheimverträge oder nicht öffentlich bekanntgemachte Verpflichtungen entdeckt habe, erwiderte der Erste Minister verneinend. Auf die Anfrage eines Mitgliedes, ob die Regierung ihren Vertreter auf der nächsten Sitzung des Völkerbundes anweisen werde, vorzuschlagen, daß die deutsche Regierung eingeladen werden solle, zu den Kosten der britischen Gendarmerie im Saargebiet beizutragen, erwiderte MacDonald, es würde kaum angemessen sein. Deutschland einzuladen, zu dem Haushalt eines Gebiets beizutragen, das nicht unter deutscher Jurisdiktion, sondern unter der Jurisdiktion des Völkerbundes stehe. Auf eine Frage Kenworthy's, ob die britische Regierung in bezug auf Verhaftungen, wie die des Oberbürgermeisters von Dortmund und anderer deutscher Beamten im Ruhrgebiet zu Rate gezogen worden sei, erwiderte MacDonald: „Nein! Wir wurden nicht zu Rate gezogen.“ Es ist eine heikle und schwierige Frage, und die Regierung tut ihr Bestes.“ Der Staatssekretär für Krieg, Walsh, teilte auf eine Anfrage mit, daß die Gesamtkosten der britischen Rheinbesetzung im Jahre 1923 1.600.000 Pfund Sterling betragen, und daß die Zahl der Besetzungstruppen sich auf 8636 belief.

Die Lage in den Seehäfen.

Eine Konferenz der seefahrtswirtschaftlich organisierten Seelente und Maschinisten in Hamburg hat dem Schiedsgericht zugestimmt, der in der Nacht zum Sonntag unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums zusammengekommen ist. Hiernach werden vom 1. April an folgende Steuern bezahlt: an Offiziere auf großer Fahrt in Deutscher 240 bis 110 Mark, bei der Maschine 350 bis 140 Mark, in der Nord- und Ostsee auf großer Fahrt 180 bis 110 Mark, bei der Maschine 230 bis 135 Mark; an Vollmatrosen in großer Fahrt und in der Nord- und Ostsee auf großer Fahrt 75 Mark und an Heizer 85 Mark. Der Heizerstundenlohn für die Vollgrade beträgt 50 Pfennig. Selbst wenn die radikal organisierten Seelente dem Spruch nicht zustimmen sollten, würde dadurch doch keine bedeutende Behinderung der Seefahrt entstehen, da diese Leute nur einen geringen Bruchteil des Gesamtpersonals ausmachen. Eine Erklärung des Zentralvereins deutscher Reederei zu dem Spruch ist zwar noch nicht abgegeben, doch darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß diese Erklärung zustimmend ausfallen wird.

Weitere Nachrichten.

An der Hamburger Börse hatte sich in letzter Zeit der Brauch herausgebildet, daß im freien Verkehr für Devisen Aufgeld auf den Berliner Kurs gezahlt wurde, das am Sonntag auf 15% gestiegen war. Nach einer Meldung ist jetzt die Kriminalpolizei gegen dieses Treiben eingeschritten und hat bei einer alten Hamburger Bankfirma die Börsebesitzer beschlagnahmt. Dem Devisenkommissar ist Bericht erstattet worden.

Die zunehmende Gefahr der Straßengewalt nachmittags kurz nach 1 Uhr ereichte am Südkorridor Platz in Berlin ein Lastkraftwagen mit 40 Personen besetzten Omnibus, den er an der linken Seite überholte. Der Omnibus geriet mit den Rädern auf den Bürgersteig, rief einen Laternenpfahl und eine Festsäule um und stürzte dann um. Vier Insassen des Omnibusses wurden nach dem Krankenhaus geschafft, drei wurden nach Verletzung von Kopfverletzungen entlassen. Ein 6-jähriges Mädchen, das auf dem Bürgersteig von den umstürzenden Autos getroffen wurde, ist ebenfalls ins Krankenhaus geschafft. In seinem Aufkommen wird gezeugt. Bislang weitere weniger erhebliche Verletzungen wurden auf den Rettungsfeldern verbunden.

Freiheitskämpfer in einem Giftmordprozeß. In dem Prozeß gegen die frühere Kontoristin Marie Gentsch, die sich wegen Giftmordes vor dem Berliner Schwurgericht zu verantworten hatte, wurde die Angeklagte in 2 Fällen freigesprochen und im Fall Nessel wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleine Nachrichten.

Wie die Germania meldet ist im Westen von Hugo Stinnes in den letzten Tagen eine Verschlimmerung eingetreten. Sein Zustand gibt zu Besorgnis Anlaß.

Nach der Germania beabsichtigt eine Anzahl von Mitgliedern der deutschen nationalen Fraktion der Berliner Stabparlamentarierversammlung sich abzutrennen, um eine besondere politische Fraktion zu bilden. Führende Persönlichkeiten der Partei bemühen sich um eine Sanktionierung der beabsichtigten Spaltung, wenigstens bis nach den Reichstagswahlen.

Abgeordnete des baltischen Blocks haben bei dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Watz die sofortige Strafvollstreckung gegen die Hiltner, Dr. Weber und Oberstleutnant Kriebel gefordert.

In polnischer Obersteien streifen noch etwa 8 Prozent der gesamten Belegschaften. Neu in den Streik getreten sind die Gerumwerke bei Rattow.

Der Prager Bankdirektor Rosenbaum ist nach Untersuchungen in Höhe von einer Million tschechischer Kronen aus Prag geflüchtet. Der an den Untersuchungen beteiligte Bank- und Wechselstubenbesitzer Ottokar Blabatschek wurde verhaftet.

Die neue italienische Kammer wird sich folgendermaßen zusammensetzen: 375 Abgeordnete der Regierungsparteien, 40 italienische Ep., 17 Liberaldemokraten, 12 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 11 Demosozialisten, 7 Republikaner, 4 Mitglieder der nationalen Minderheiten, 3 Mitglieder der Bauernpartei, 2 Sarden, 25 Soz., 22 Maximalisten und 17 Kommunisten.

Vereinsnachrichten.

Ramen, 10. April. Der evang. Arbeiterverein hielt im Lutherpalast seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem vom Vorsitzenden Herrn Scharsberg mitgeteilten Jahresbericht ist hervorzuheben, daß die Zahl der Mitglieder auf 357 gestiegen ist, während 14 Mitglieder gestorben sind. Das Andenken der Verstorbenen wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Die Klassenverhältnisse haben durch die Geldentwertung sehr gelitten. Von der Verlegung einer Jahresrechnung wurde Abstand genommen. Bei der Ergänzungswahl zum Vorstande wurden wiedergewählt als: Schriftführer Herr Richter, 1. Mandant Herr Koch, Beisitzer Herr Hauerbein, Dietmar, Kemmer. Zu Vertretern im Kreisverband wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der angelegte Vortrag konnte wegen Verhinderung des Redners nicht stattfinden. Über die Rechte und Pflichten der Vereins- und Verbands-Sterbekasse entspann sich eine eingehende Aussprache.

Jahrmärkte.

Montag, 14. April: Dortmund und Hagen. Dienstag, 15. April: Buer B., Döhlen B., Kirchhellen B., Münster B., Altenhaus B., Aleten B. Schw., Brakel B. B. Pf. Schw., Gütersloh Hndb. Pf. Schw., Minden B. B., Lünen Schw. Mittwoch, 16. April: Bocholt B., Burgsteinfurt B. Pf. Schw., Herten B., Ungerich B., Marl Schw., Amnen B., Dortmund und Juch. Gafeld, Eiserfeld Schw., Geseirich Hndb. Pf. Schw., Weische Schw. Donnerstag, 17. April: Dorsten B., Halle i. B. R. B. Pf. Schw., Mlenborg B.

Dortmunder Zuchtviehmarkt.

Dortmund, 10. April. Zum gestrigen Zuchtviehmarkt waren aufgetrieben: 369 Ställe Großvieh, 12 Kälber, 3 Schafe, 527 Schweine, 3 Ziegen. Am Großviehmarkt war der Handel mittel. Ställe kosteten: 1. Qual. 450-525 Goldmark, 2. Qual. 350-450 Goldmark, 3. Qual. 275-350 Goldmark, 4. Qual. 200-275 Goldmark, 5. Qual. 125-200 Goldmark; Kälber kosteten: 1. Qual. 300-350 Goldmark, 2. Qual. 250-300 Goldmark, 3. Qual. 200-250 Goldmark, 4. Qual. 150-200 Goldmark, 5. Qual. 100-150 Goldmark. Am Schweinemarkt war der

Handel entsprechend. 6-8 Wochen alte Ferkel kosteten 20-28 Goldmark, 8-10 Wochen alte 28-35 Goldmark, 10-12 Wochen alte 35-50 Goldmark. Der nächste Zuchtviehmarkt findet Mittwoch, den 16. April, statt.

Unt Unna-Namen.

Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

Die wahlberechtigten Gemeindeglieder in den Gemeinden des Amtes Unna-Namen sind durch besondere, in den Gemeinden zum Ausgang befundene Bekanntmachungen der Gemeindevorsteher befragt. Wahlleiter zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl a) zur Gemeindevorstellung sowie b) zur Amtsversammlung des Amtes Unna-Namen aufgefordert worden.

Die Zahl der zu wählenden Gemeindevorsteher beträgt in Afferde 6, in Heeren-Werve 18, in Hemmerde 9, in Lünen 9, in Massen 24, in Methler 9, in Mülhausen 6, in Niederaden 6, in Oberaden 9, in Siddinghausen 6, in Stodum 6, in Südkamen 6, in Uelsen 6, in Wasserfahl 6, in Weddighofen 6, in Westhemmerde 6, in Westid 9, und in der zu wählenden Amtsversammlung beträgt in Heeren-Werve 3, in Hemmerde 2, in Lünen 2, in Massen 4, in Methler 2, in Oberaden 2, in Westid 2, ferner in den folgenden, zu einem Wahlbezirk vereinigten Gemeinden: Afferde, Südkamen und Wasserfahl 3, Mülhausen und Uelsen 2, Niederaden und Weddighofen 2, Siddinghausen, Stodum und Westhemmerde 3.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 17. April 1924 schriftlich bei den zuständigen Gemeindevorstehern einzureichen. In den Fällen, wo Gemeinden bezüglich der Wahlen zur Amtsversammlung zu einem Wahlbezirk vereinigt sind, sind die Wahlvorschläge dem zuständigen Wahlleiter einzureichen. Wahlleiter ist bei Wasserfahl, Afferde, Südkamen der Gemeindevorsteher Hindemann in Afferde, bei Niederaden, Weddighofen der Gemeindevorsteher Goede in Weddighofen, bei Uelsen, Mülhausen der Gemeindevorsteher Delling, Mülhausen, und bei Stodum, Westhemmerde, Siddinghausen der Gemeindevorsteher Stemann, Westhemmerde. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine, spätestens am 3. Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über die Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs, Standes und ihrer Wohnung beifügen. Mit den Wahlvorschlägen sind einzureichen:

1. die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in dem Wahlvorschlag zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine, spätestens am 3. Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzuwenden;
 2. die Bescheinigung des Gemeindevorstehers, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsbürger sind, in der Gemeinde seit 6 Monaten wohnen und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindevorstehergesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind;
 3. die Bescheinigung des Gemeindevorstehers, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in der Bürgerliste eingetragen oder mit einem Wahlzeichen versehen sind.
- Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn in der Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechtes berechtigten Personen unterzeichnet sein.

Die Wahlvorschläge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

Jeder Wahlvorschlag soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Zureichende Kennwörter sind unzulässig. In jedem Wahlvorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmanns, sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.

Gemäß § 5 Satz 4 des Gemeindevorstehergesetzes findet eine Verbindung von Wahlvorschlägen nicht statt.

Falls nur ein Wahlvorschlag eingereicht werden sollte, ist es notwendig, Ersatzvorschläge für die Vorgesetzten mit aufzunehmen, und zwar so, daß über die Frage, wer eintreten sollte als Ersatzmann einzutreten hat, kein Zweifel herrschen kann. Unberührt bleibt die Vorschrift des § 8 des Wahlgesetzes, wonach die Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind, durch die Mehrheit der wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlags geändert werden kann. Diese Änderung muß dem Gemeindevorstande aber bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Eröffnung der Stelle mitgeteilt werden.

Unna, den 5. April 1924.

Der Amtmann: Schmeckhaus.

Der grosse Erfolg

unseres Hauses beruht auf unserer unerreichten Leistungsfähigkeit.

Gute Qualitäten — Solide Ausstattung und Verarbeitung — Billige Preise
sind besondere Kennzeichen unserer allbekannt guten Konfektion.

Bei unserer enormen Auswahl in allen Preislagen findet ein jeder unbedingt das Richtige.

Moderne Herren-Anzüge

Mk. 16.50 22.- 28.- 36.- 44.- und höher

Vornehme Herren-Mäntel

Mk. 30.- 38.- 50.- 65.- 85.- und höher

Aparte Jünglings-Anzüge

Mk. 20.- 25.- 32.- 40.- 52.- und höher

Elegante Jünglings-Mäntel

Mk. 28.- 35.- 45.- 59.- 78.- und höher

Reizende Knaben-Anzüge

Mk. 8.50 12.- 15.- 20.- 32.- und höher

Fesche Knaben-Mäntel

Mk. 9.- 12.- 18.- 24.- 36.- und höher

Sämtliche Anzüge sind auf Wollserge, Reinleinen und Rosshaar gearbeitet, wodurch ein gutes Tragen verbürgt ist.

Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung

Grüter & Schimpff

HAMM W. * GR. WESTSTR. 45.

Damen-Hüte

Den Eingang letzter

Frühjahrs-Neuheiten

in eleganten Ausführungen
und großer Auswahl
zeigt an:

Spezialhaus
Geschw. Voos.



Henko
zum Einweichen
der Wäsche!

Henko
Henkel's Wasch-
und Bleich-Soda.
Seit Jahrzehnten
bewährt!

Habe mich in
Dortmund, Ostwall 48

als

Zahnarzt

niedergelassen.

Sprechstunden: 9—12 Uhr vorm.
und 3—5 Uhr nachmittags, außer
Samstag nachmittags u. Sonntags.
Nach Voranmeldung zu jeder
Zeit.

Dr. med. dent. Walter Eisenstädt.



Dein Heilen ändert
nicht die Sache,
kauf lieber Pilo- und
dann lache.

ADOLF KREBS - PILOFABRIK - MANNHEIM

Santhafer,
Kellner Selbhafer
anerkannt 1. Abt., empfiehlt
Th. Ostermann,
1020 Kamen.

Anzeigen in der Kamener Zeitung

haben stets Erfolg

Bekanntmachung.

Bei Abgabe von Vollmächten vom Erzeuger
unmittelbar an Verbraucher wird mit sofortiger
Wirkung ein Preis von 24 Pfg. je Liter
ab Hof des Erzeugers festgesetzt. 1018

Kamen, 9. April 1924.

Die Preisprüfungsstelle.

Bekanntmachung.

Betr. Auslegung der Wählerlisten.
Auf Anweisung des Preuss. Ministers des
Inneren mache ich hiermit bekannt, daß die
Liste für die Auslegung der Reichstagswahl-
listen und der Gemeindevahllisten allgemein
mit einschließlicher dem 12. ds. Mts. abläuft.
Die von den einzelnen Ortsbehörden des
Kreises erlassenen Bekanntmachungen, nach wel-
chen die Auslegungsfrist am 18. ds. Mts.
endigt, werden hiermit entsprechend abge-
ändert.

Kamen, den 8. April 1924.

Der Landrat.

J. B. Dr. R. H. m., Regierungs-Referent.



Doppelladung Tucher

eingetroffen. Ebenfalls auch
Tucher-Flaschenbier
14% hell und dunkel. 1017

Hotel Biermann,

Telephon 16.

Ein mittleres
Pferd, ein Geschirr und
Dogcart
zu verkaufen. 1022

Dortmunderstr. 65.

Wachamer
Hofhund,
für Landwirte besonders geeig-
net, billig zu verkaufen. 1023

Gustav Schäfer,
Weihler 148.

Eine weiße, tragende, gute
Milchziege
hornlos, zu verkaufen. 1014

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Wer vorteilhaft kaufen
will,
lese täglich die Anzeigen
in d. Kamener Zeitg.

Ordentliches
Morgenmädchen
zum 15. April gesucht. 1015

Peerenstraße 10.

Ein ordentlicher
Bäderlehrling
gesucht. 1016

W. Drücke, Königsborn.

Suche einen 1024

**Gehilfen und
Lehrling**
Fritz Bergmann,
Schneidermeister,
Niederaden.

Für sofort ein zuverlässiges
und ehrliches 1007

Mädchen

gesucht. Selbiges muß im Ge-
schäft helfen.

Herrn. Böte,
Heeren, Mittelstraße 10.

Mädchen

für einige Tage in der Woche
zum Putzen gesucht. 1021

Näheres in der Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.

Bilder

sind ein schönes

passendes Geschenk!

Große Auswahl finden Sie in der

**Buchhandlung der
Kamener Zeitung.**



Fröhliche
Ostern!

Ostergruss-Postkarten

in künstlerischer Ausführung und reichhaltiger
Auswahl zu haben in der Buchhandlung der

Kamener Zeitung.

